

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keisindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 3

Er erscheint jeden Donnerstag Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr

Insertionspreis pro dreispaltige Petitzeile Mk. 1, für die Zustellen 30 Pfg.

Verbandsmitglieder! Rüstet für die Uebergangszeit und für die Friedensarbeit! Die Zeit des Aufbaues ist gekommen — sie erfordert die Anspannung aller Kräfte! Die Forderung des Tages: 1. Verbesserung des Nachtbackverbotes. 2. Erhöhung des Lohnes.

„Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“

haben die herrschenden und besitzenden Klassen auf einen Teil ihrer politischen Vorrechte in Deutschland verzichtet und den Volksmassen ein gewisses Mitbestimmungsrecht in staatslichen Angelegenheiten eingeräumt. Es sind Vertreter der Sozialdemokratie in die Regierung aufgenommen worden, man hat ein neues Reichsamt für Sozialpolitik und Arbeiterfragen errichtet und auch in wirtschaftlichen Dingen soll die Stimme des Proletariats mehr als bisher gehört werden. Der freiheitliche Wind, der gegenwärtig in den oberen Regionen weht, wird hoffentlich manchen Unrat aus der behördlichen Kumpfkammer fortblasen und die alten Perücken und Höpfe gründlich lüften. Der Zug zur Demokratie wird viele Hemmnisse und Hindernisse hinwegräumen, die das aufstrebende Proletariat in Fesseln schlugen und ihm den Aufstieg zur politischen und wirtschaftlichen Freiheit erschwerten. Jetzt erst kann die deutsche Arbeiterklasse zeigen, was sie auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens zu leisten vermag und wie sie es versteht, die bisherige, vorwiegend kritisierende Stellung in eine schaffende, aufbessernde umzuwandeln. In dieser positiven Arbeit müssen und werden sich die Gewerkschaften in allererster Linie zu beteiligen haben.

So erfreulich nun auch die Tatsache ist, daß man endlich in Preußen-Deutschland der demokratischen Entwicklung die Bahn freigemacht hat, so dürfen wir darüber nicht vergessen, daß man diesen Schritt nur mit Widerstreben getan hat — gewissermaßen auf Widerruf — und daß wir deshalb alle Veranlassung haben, das Errungene festzuhalten und gegen die späteren Angriffe der Rückschrittker zu verteidigen. Auch müssen wir uns stets bewußt bleiben, daß es sich bei der gegenwärtigen Demokratisierung nur um einen Anfang handelt und daß es für uns darauf ankommt, den demokratischen Gedanken in Staat und Gemeinde voll und ganz zu verwirklichen und ihn auch im Wirtschaftsleben, also im Gebiete der Gütererzeugung und der Güterverteilung sowie in den Arbeitsbetrieben allmählich durchzusetzen. Daß hierzu noch eine zähe, ausdauernde Arbeit innerhalb der proletarischen Organisationen erforderlich ist und daß hierbei die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung eine unabweisbare Notwendigkeit ist, braucht einem vernünftigen Menschen wohl nicht erst gesagt zu werden. Gerade die erreichten Erfolge sollen uns zu neuen Erfolgen anfeuern, und diese neuen Erfolge werden nur dann zu erreichen sein, wenn das deutsche Proletariat einträchtig zusammensteht und unter Aufbietung all seiner Geistes- und Willenskräfte seine Pflicht und Schuldigkeit in vollem Maße tut.

Ein Rückblick auf die Vorgänge der letzten Wochen lehrt uns wieder einmal die geschichtliche Wahrheit erkennen, daß die Oberschichten mit Blindheit geschlagen sind, weil sie es niemals verstehen, die Zeichen der Zeit richtig zu würdigen und im richtigen Augenblick den Volksmassen entgegenkommen zu zeigen. Welch erhebenden Eindruck würde es gemacht haben, wenn sie unter dem Einfluß des Weltkrieges, als alle Volksschichten opferfreudig dem be-

drängten Vaterlande zu Hilfe eilten, dem deutschen Volke freiwillig und aus edlem Herzen die Demokratisierung zum Geschenk gemacht hätten. Aber daran wurde nicht gedacht. Nur wenige weitsichtigere Männer hatten erkannt, daß eine Demokratisierung unausbleiblich sei, und daß es deshalb im Interesse der herrschenden und besitzenden Klassen liege, dem Volke aus freier Entschließung heraus das Mitbestimmungsrecht und das Recht auf Mitarbeit zu geben, anstatt es sich stückweise aus den Zähnen reißen zu lassen. Aber sie predigten tauben Ohren, und die übergroße Mehrheit ihrer Klassengenossen verharrete störrisch und dickköpfig auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Erst als der Zusammen-

brang des demokratischen Sozialismus, dessen Ziele die Hebung der Menschheit auf eine höhere Stufe kultureller Entwicklung, uns allen aus der dunklen Zukunft als heller Sternentgegenleuchten.

Ein Reichseinigungsamt ist notwendig.

Von Paul Umbreit.

S. A. K. Der Arbeitskammereckentwurf, der zur Zeit im Reichstage beraten wird, enthält in seinem VI. Abschnitt eine gewisse Regelung des gewerblichen Einigungswesens. Jede sachliche Arbeitskammer soll für ihren Bezirk ein sachliches Einigungsamt errichten. Es können auch mehrere Arbeitskammern desselben Gewerbes ein gemeinschaftliches Einigungsamt errichten. Ein solches Einigungsamt ist dann für den Gesamtbezirk dieser Arbeitskammern zuständig. Kommt es aber zu einem Streit an Orten, von denen aus der Sitz des Einigungsamtes nur mit erheblichem Zeitverlust zu erreichen ist, so kann das Einigungsamt bei Einverständnis des anrufenden Teils die Streitfrage an eine zu diesem Zweck zu bildende Schlichtungsstelle verweisen. Schlichtungsstelle und Einigungsamt sind einander gleichgeordnet; eine höhere Instanz ist nicht vorgesehen, denn auch das gemeinschaftliche Einigungsamt steht nicht über den engeren Bezirkseinigungsämtern, sondern es soll diese ebenso ersetzen, wie die Schlichtungsstelle an die Stelle des zuständigen Einigungsamtes treten soll. Zum Überflusse können auch noch die Gewerbevereine als Einigungsämter angerufen werden, denn die §§ 62 bis 74 des Gewerbegerichtsgesetzes bleiben bestehen und der Arbeitskammereckentwurf verweist noch besonders auf diese Möglichkeit. Wir haben also damit zu rechnen, daß zu den bestehenden Einigungsämtern der Gewerbevereine drei neue Arten von Einigungsämtern geschaffen werden, die einander im Wege stehen werden und von denen keines ausreicht, um in besonders komplizierten und umfangreichen Streitfällen mit Erfolg schlichtend eingzugreifen.

Denn die neuen Einigungsämter und Erbschaftsschlichtungsstellen bleiben auf einzelne Gewerbebezirke beschränkt. Sind an einem Streitfall die Arbeiter mehrerer Gewerbebezirke beteiligt, für die mehrere besondere Arbeitskammern und Einigungsämter bestehen, so entsteht schon ein Streit darüber, welches Einigungsamt dafür zuständig ist. Eine Lösung dieser Streitfrage ist in der Arbeitskammervorlage nicht vorgesehen. Noch schwieriger gestaltet sich die Sachlage, wenn der Streitfall sich nicht bloß auf mehrere Gewerbe, sondern auch auf mehrere Bezirke verbreitet, in denen für das eine Gewerbe ein gemeinschaftliches Einigungsamt, für andere wieder besondere Einigungsämter bestehen. Die im § 45 des Entwurfs vorgesehene Regelung, daß das zuerst angerufene Einigungsamt zuständig sein soll, aber dahin zu wirken habe, daß die Beteiligten sich an das Einigungsamt wenden möchten, dessen Bezirk die meisten Beteiligten umfaßt, gilt nur für Streitfälle im Bereich der sachlichen Zuständigkeit der Arbeitskammer.

Die sachliche Begrenzung der Arbeitskammern, die sich fernerhin auf die von ihnen errichteten Einigungsämter überträgt, schafft in der Welt der Wirklichkeit eine ganze Reihe unlösbarer Schwierigkeiten. Das moderne gewerbliche Leben spielt sich eben nicht immer in den engen fachgewerblichen Grenzen ab. Es gibt Betriebe, die Dutzende von Gewerbebezirken umfassen; es gibt Industrien, die aus der Vereinigung zahlreicher, an andern Stellen noch selbständig bestehender Gewerbe hervorgegangen sind. Es gibt Wirtschaftseinheiten, die nebeneinander die verschiedenartigsten gewerblichen und industriellen

Wahlspruch.

Willst für die Freiheit du tapfer dich schlagen,
Zuerst dann mit kleinlichem Vorurteil brich;
Frage nicht viel, was die Gegner sagen,
Und wenn sie dich loben, dann schäme dich!

Max Hegel.

bruch beborstand und ihnen die bleiche Angst auf dem Gesichte stand, erklärten sie sich mit schlotternden Knien als feige Memmen bereit, den Rückzug anzukündigen und ihre Bedenken gegen eine Demokratisierung „bis auf weiteres“ zurückzustellen. Bis auf weiteres, das heißt, solange wie die Notlage anhält, wollen sie dem Volke entgegenkommen, ist die Not vorüber, so soll wieder alles beim alten bleiben. Die Stützen des bisherigen Systems hätten sich wirklich kein erbärmlicheres Zeugnis ausstellen können, als daß sie erklären, nicht das Gerechtigkeitsgefühl zwingt sie zur Demokratisierung, sondern lediglich die Feigheit und die Verzweiflung. Aber so ist es ja zu allen Zeiten gewesen: die bevorrechtigten Schichten haben jedesmal, wenn die Entwicklung zu neuen Zielen drängte, den richtigen Zeitpunkt verpaßt und sich den Fortschritt abringen lassen, den sie freiwillig hätten gewähren können.

Diese Tatsache, so demütigend sie für die Oberschichten ist, ist für die Unterschichten immer vorteilhafter, weil sie erzählerisch und anfeuernd wirkt. Ein Geschenk wird niemals so hoch geschätzt und in seiner Bedeutung so gewürdigt wie etwas, das man sich selbst durch eigene Kraft erarbeitet hat. So ist es auch hier der Fall. Die Tatsache, daß dem deutschen Proletariat die politische Demokratie nicht als ein freiwilliges Geschenk in den Schoß gefallen ist, sondern daß es sie sich hat erkämpfen müssen, stärkt unstreitig das proletarische Massen- und Selbstbewußtsein und feuert die Massen an, das Errungene mit Hörnern und Klauen zu schützen und nach neuen Erfolgen zu streben. Soviel steht fest: die deutsche Arbeiterklasse wird sich niemals wieder nehmen lassen, was sie sich in jahrzehntelangen Kämpfen erobert hat; sie wird vielmehr auf dem Wege zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Demokratie unbeirrt weiterstreben. Der Erfolg vom Oktober 1918 ist ein weit hin sichtbarer Markstein auf dem Wege zum demo-

Unternehmungen betreiben, und es gibt schließlich Bewegungen, an denen die verschiedenen Betriebe, Industrien und Wirtschaftsprüfungsbüros beteiligt sind. Gemeinsame Lohnbewegungen von Dutzenden von Gewerkschaften waren schon vor dem Kriege keine Seltenheit; es wurden sogar dauernde Kartellverträge abgeschlossen, um für solche Fälle ein gemeinsames Vorgehen zu sichern. An all diesen Leistungen geht die Arbeitskammer vor. In der Regierung hat sie sich die Arbeitskammer vorlage der Regierung völlig achtsam vorüber. Für sie dreht sich die Welt im engen Kreise des Fachlebens. Weil das fachliche Wirken in einzelnen Gewerbebezirken hervorragende Erfolge zeitigte, wie im Buchdrucker- und Holzgewerbe, deshalb muß die fachgewerbliche Schablone für das ganze industrielle Leben passen. Aber für das Buchdrucker- und Holzgewerbe bedarf es nicht der Schaffung neuer Einigungsämter; hier reichen die selbstgeschaffenen Tarifverträge völlig aus, und auch in zahlreichen anderen Industrien sind die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter auf dem Wege, sich ihre eigenen Einigungsämter und Schlichtungsinstanzen zu schaffen, die nicht fachlich begrenzt sind, sondern den tatsächlichen Verhältnissen, dem wirklichen Tarifbereich entsprechen.

Ganz anders müßte sich das Einigungsweien nach dem gleichfalls dem Reichstage vorliegenden Entwurf der

Gewerkschaften und Angestelltenverbände gestalten. Hier gibt es kein Nebeneinander von Einigungsinstanzen, sondern einen organischen Aufbau unterer, mittlerer und oberer Organe. Den Unterbau sollen die Arbeiterausschüsse bilden, die in allen Betrieben mit mindestens 20 Arbeitern oder Angestellten zu errichten sind. Durch ihre Vermittlung sollen Streitigkeiten innerhalb des Betriebes beigelegt werden. Kommt hierbei eine Einigung nicht zustande, so kann die Schlichtungsstelle angerufen werden, die für den Bezirk einer oder mehrerer unterer Verwaltungsbehörden durch die nicht fachliche, sondern territoriale Arbeitskammer zu errichten ist. Die Schlichtungsstelle ist nicht fachlich begrenzt; sie erhält ihr fachliches Element durch die im jeweiligen Bedarfsfalle nach den Vorschlägen der streitenden Parteien zu ernennenden unabhängigen Beisitzer. Die Schlichtungsstelle gilt auch als unterste Instanz bei Streitigkeiten, die mehrere Betriebe umfassen. Geht ein Streitfall über den Bezirk einer Schlichtungsstelle hinaus oder sind die Einigungsverhandlungen vor der zuständigen Schlichtungsstelle erfolglos verlaufen, so kann das Einigungsamt angerufen werden, das für den Bezirk einer Arbeitskammer errichtet wird. Auch das Einigungsamt ist als territoriale Einheitsinstanz für alle Gewerbe gebacht;

seine Befähigung zur Beurteilung fachlicher Fragen wird durch die Zunahme von Personen gesichert, die das Vertrauen der am Streit beteiligten Arbeitgeber wie Arbeitnehmer besitzen. Hier ist also unmittelbar aus der Erfahrung der Gewerkschaften heraus ein geordneter Weg der Vermittlung zur Beilegung von Streitigkeiten vorgezeichnet, der alle jene Schwierigkeiten vermeidet, an denen das Einigungsverfahren des Regierungsentwurfes in der späteren Praxis scheitern müßte.

Aber auch das Einigungsweien des gewerkschaftlichen Arbeitskammergesetzes ist nicht vollständig. Es enthält der zentralen Spitze, der übergeordneten Schlichtungsinstanz, die vermittelnd eingreift, wenn Verhandlungen vor dem erstmals angerufenen Einigungsamt ohne Erfolg blieben. Lohnkämpfe, die über den Zuständigkeitsbereich einer Schlichtungsstelle hinausgehen, in denen also das Einigungsamt die unterste Schlichtungsinstanz darstellt, kommen recht häufig vor. Alle größeren Tarifbewegungen gehören zu dieser Spezies. Soll in allen solchen Fällen der Streit oder die Ausperrung die einzige Lösung bleiben? Das wäre sicherlich nicht zu wünschen, solange noch die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleiches besteht. Auch der Ausweg, durch Übereinkunft der Parteien ein bestimmtes Einigungsamt mit der Vermittlung zu betrauen, befriedigt recht wenig; denn einem solchen ad hoc zusammengesetzten Einigungsamt gehen alle Vorteile der Sammlung von Erfahrung, Material und sonstiger das Verfahren sicherer Bürgschaften verloren. Die Vermittlung würde auf einzelnen Persönlichkeiten, nicht aber auf dauernden Organen beruhen. Deshalb muß ein Reichseinigungsamt ins Leben gerufen werden, das in den großen zentralen Tarifkämpfen, die weder von örtlichen noch von engen Bezirksgeschäftspunkten zu beurteilen sind, mit Sachkenntnis und Erfahrung eingreifen kann. Ein solches Reichsamt würde auch eine weit größere Autorität verkörpern als ein zufällig oder für den jeweiligen Streitfall besonders berufenes Schlichtungsamt. Es würde die Zentralstelle sein, bei welcher sich alle Erfahrungen und Akten über Lohnkämpfe, Tarif- und Einigungsprozesse aufhäufeln, und die mit ihren Kenntnissen die gesamte Schlichtungspraxis befruchten kann.

Dem Gewerkschaftsentwurf kann aus dem Fehlen des Vorschlages eines Reichseinigungsamtes ein Vorwurf nicht gemacht werden; denn ein solches Reichsamt kann nicht im Wege des Arbeitskammergesetzes geschaffen werden. Dazu bedarf es eines besonderen Gesetzes, das die Errichtung, Befugnisse, Zusammensetzung und Kosten dieses Reichsamtes regelt. Ein Reichseinigungsamt ist aber die stillschweigende Voraussetzung oder wenigstens Ergänzung des gewerblichen Einigungsweiens, und deshalb ist ein solcher Gesetzesentwurf notwendig, ganz besonders im Hinblick auf die Leertungsbedingungen im weiteren Verlauf des Krieges, dessen Ende noch gar nicht abgesehen werden kann, noch mehr aber für die Auseinandersetzungen über das Lohnniveau nach dem Kriege. Das Unternehmerturn droht schon heute fortgesetzt mit einem Abbau der angeblich hohen Kriegslöhne. Die Arbeiterschaft weiß, daß sie ihren Lebensstandard mit allen Kräften zu verteidigen haben wird und daß sie sich daher schließlich nur auf die eigene Macht verlassen kann. Diese Gegensätze können leicht zu elementaren Zusammenstößen führen, die für die Übergangswirtschaft von katastrophaler Wirkung sein können. Um so mehr hat die deutsche Volkswirtschaft ein hervorragendes Interesse daran, daß erst alle Möglichkeiten der friedlichen Schlichtung erschöpft werden, ehe die letzte Maßnahme entscheidet. Es ist hundert gegen eins zu wetten, daß in den meisten Fällen ein gütlicher Ausgleich gelingt und Kämpfe vermieden werden. Dazu bedarf es aber eines möglichst lückenlosen, organisch aufgebauten Einigungsweiens, wie es der Arbeitskammergesetzentwurf der Gewerkschaften fordert, und als zentraler Spitze eines Reichseinigungsamtes!

Erhebung über die Durchschnittslöhne der Bäckerarbeiter und über die Mehl- und Brotpreise im August 1918.

K = Konsumverein, Gr = Großbetrieb, Kl = Kleinbetrieb.

Name der Bezirk	Von der Erhebung wurden erfasst		Durchschnittslöhne pro Woche					Mittlicher Preis pro Zentner				
	Bäcker	Hilfsarbeiter	Männer	Hilfsarbeiter	Frauen	Roggenmehl	Weizenmehl	Schwarzbrot	Weißbrot	1	2	3
Bezirk Bremen.												
Bremen	K 28	3	3	45.75	33.40	27.30	25	29.50	25		50	
Bremerhaven	Kl 56	4	19	43.55	39.25	26.68						
Obernburg	24		4	42.04		22.94	22	27.50	26.60			
Müritzen-Wilhelmshaven	13			41.35			22	27	22		40	
	61		4	39.73		35.40	22.85	24.75	25		26.50	
Bezirk Chemnitz.												
Altenburg	K 8	1	2	40	22.44	22.44	26	28	24		50	
Annaberg	K 1	1		37	20		24	27	24		36	
Zweitzsch	Kl 3			13								
Zweitzsch	5		2	40.50		22	24.60	27.50	24		46	
Chemnitz	K 34		9	47.30								
	Gr 34			44.65		21.50	24.65	27	25		46	
	Kl 46			16.10								
Grünhain	K 5			40.77			22.10	23.50	26.50		26.50	
	2			28								
Crottendorf	K 1		2	37.50		18	24	27	24		36	
	Kl 1			10								
Eimbach	K 8	2	1	38	29	20.40	24.63	27	24		50	
	Kl 2			13.50								
Hessdorf	K 5			39.60			24.60	27.50	24		47	
Meyna	K 6			38.96			22.50	24	25.50		44	
Muschwitz	K 11			42			26	30	24		50	
Obernhausen	K 5		2	35.76		?	23	26	24		50	
Oelsitz i. B.	K 3			32.50			24	26	24		50	
Rönsdorf i. B.	K 5			43.99			24	26	24		48	
Reichenbach i. B.	Kl 6			13.33								
Schleiß	K 2			32			19.50	22	20		35	
Schmolln	K 4			40			20	21	22		39	
Schöpsau	K 2	1		35	29		25.50	26.50	24		48	
Zwieskau	K 12	1	4	37.80	43.10	18.50	22.10	23.50	23.48			
	Kl 14			11.50								
Bezirk Dresden.												
Dresden	112	4	8	37.70	34.50	24	22.95	24.45	24		35.50	
Meyna	5			35.50			19.40	20.40	22.50		42	
Bezirk Erfurt.*												
Erfurt	K 33		27	53.20		36.50	22.58	23.25	21.25		25	
	Gr 5	2		42	30							
	2	60		45	?	30						
Dortmund	K 4		13	55.22		32.64						
	Gr 7		1	49.71		30.80	?	?	?		?	
Bezirk Hamburg.												
Hamburg, Altona, Wandsb.	350	?	205	61		34.50	24.50	?	21.25		28.75	
Bezirk Halle a. d. S.												
Halle a. d. S.	Gr 17	1	1	46.90	25	20	22.65	24.20	25		38	
Bezirk Köln.*												
Köln	97	2	20	45	40	30	25.25	26.75	21		28	
Bezirk Magdeburg.*												
Magdeburg	K 2			44.17			?	?	?		?	
	K 58		13	52.70		26.20						
	4	8	10	48	40.50	24						
Stendal	K 2			39.15								
	Kl 5			17.60								

Wirtschaftliche Rundschau.

Mit der Veränderung der militärischen und politischen Lage, die mit der Lösung Bulgariens von den Mittelmächten offenbar wurde, geriet sofort das hohe Kursgebäude auf dem Aktienmarkt in wildes Schwanken. Der Ausbruch der Börsenkrisis darf dabei keineswegs als eine Ueberraschung hingestellt werden; denn nach den wütenden Kursstürzen, die schließlich in allen Werten erfolgt waren, mußte jede irgendwie geartete Enttäuung den Umschlag herbeiführen. So stand die Ausschreitungen vorher nach „oben“ waren, so kroch anzerte sich jetzt als Reaktion der Abbau der Kurse. Zwanzig- und dreißigprozentige Abschläge in wenigen Minuten kennzeichnen den Grad des Entwertungsprozesses, der in ein paar Tagen in zahlreichen Fällen die Kurssteigerungen von vier Kriegsjahren wetten würde. Aber was sich an der Börse abspielte, war doch nur die Erfüllung der Notwendigkeit, wobei allerdings das Tempo der Milderung durch die politische Wendung bestimmt wurde. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß selbst bei Friedensverhandlungen in einem weit besseren Zeichen und unter weit günstigeren Aussichten für unsere Zukunft der Börsensturz unvermeidlich gewesen wäre. Um das zu verstehen, müssen wir uns nur klarmachen, daß die Behauptung der Hochkurse aller möglichen Industrie-Aktien das Anhalten der höchsten Kriegsgewinne zur Voraussetzung hatte, daß also die unter allen Umständen unvermeidliche Milderung der Rentabilität einen an sich erheblichen Kursrückgang bedingt hätte. Nun, da alles plötzlich kam, vollzog sich in einer kurzen Spanne Zeit der Prozess, der sich sonst auf Wochen und Monate hindurch erstreckt hätte.

Als politisches Barometer hat die Börse sich aber auch in dieser schwer kritischen Zeit keineswegs bewährt. In früheren Perioden hat sie diese Eigenhaftigkeit gleichfalls nicht bejessen. Selten oder nie hat sie irrtümlich politische Ereignisse oder Zusammenhänge richtig gewertet. Als die Börse diesmal unruhig wurde, geschah das zu einem Zeitpunkt, in dem auch keine weitere außerhalb der Börse einen Wendepunkt gekommen haben; Kreise, die keine weiteren Informationsquellen als die in allen Zeitungen veröffentlichten Nachrichten besaßen. Solange das Publikum glaubte, daß bei dem guten Stand der militärischen Operationen eine für Deutschland ungünstige Gestaltung der Dinge ausgeschlossen sei, zog es mit Stufen zur Börse, trug durch diese Aufträge zur weiteren Steigerung der Kurse bei und

* Siehe auch Nr. 37. * Kriegsweien. * Groß- und Kleinbetriebe. * prima Kurse. * Warenverein. * Schwarzbrot. * Weißbrot = Roggenmehl und Schwarzbrot.

Vorliegend die Ergänzung der Tabelle über die Durchschnittslöhne der Bäckerarbeiter und über die Mehl- und Brotpreise im August 1918, die wir in Nr. 37 brachten. Es liegen nunmehr die Angaben aus 22 Bezirken vor. 98 Orte und 473 Bäcker, 213 Hilfsarbeiter und 535 Arbeiterinnen wurden erfasst. Leider konnten aus einigen Bezirken nur die Zahlen für die Monate beigebracht werden.

Ein allgemeiner Vergleich der Lohnverhältnisse in den verschiedenen Bezirken ist dadurch ausgeschlossen, daß die Löhne der Bäcker nicht überall nach den gleichen Grundätzen angegeben wurden. In der ersten Beantwortung in Nr. 37 haben wir, daß zumer der Durchschnittslöhne aller Beschäftigten am Orte aufgeführt worden ist, und daß nur Berlin, Hannover und Leipzig zwischen den in Konsumvereinen tätigen in Großbetrieben und den in Kleinbetrieben tätigen Kollegen unterchieden haben und für jede Gruppe gesonderte Angaben machen, während die später

eingelassenen und heute zusammengestellten Angaben fast alle spezialisiert waren.

Es war aber auch nicht der Zweck dieser Erhebung, Durchschnittszahlen für das Reich zu ermitteln, sondern es sollte die Möglichkeit geschaffen werden, daß in den einzelnen Bezirken Vergleiche mit den Verhältnissen in andern Bezirken angestellt werden konnten. Diese Möglichkeit ist nun trotz einiger Lücken in der Erhebung hinreichend gegeben. Aufgabe der Bezirksleitungen und der örtlichen Verwaltungen ist es jetzt, sich in das Zahlenmaterial zu vertiefen und die nötigen Zusammenhänge zu ziehen. Es ist ja ohne weiteres möglich, das Verhältnis der Löhne zu den Preisspannungen zwischen Mehl und Brot am Orte mit denjenigen des Nachbarbezirks oder anderer Bezirke zu vergleichen und das Ergebnis entsprechend zu verwerten. Im großen und ganzen finden wir in bezug auf die Lohnzahlung das Bild bestätigt, was schon bei früheren Erhebungen gefunden wurde.

Letzte immer weitere Schichten zur Beteiligung an. Alle Mahnungen und Warnungen gegen Übertreibungen auf dem Aktienmarkt verhallen, und ebenso bleiben alle kleinen Mittel, die Spekulation einzudämmen, erfolglos.

Sicherlich ist durch das Verbot des Terminhandels die Gefahr übermäßiger Spekulation nicht herabgemindert worden; man kann eher sagen, daß die Ausschaltung des Terminhandels gerade in kritischer Situation die Folgen des Mühschlags verstärkt hat. In Zeiten guter Börsenkonjunktur vermögen schon geringe Kaufaufträge auf dem Aktienmarkt beträchtliche Kurssteigerungen herbeizuführen; bei ungünstiger Geschäftslage treten ebenso bereits bei geringem Verkaufsangebot schwere Kursstürze ein. Mit Recht wird von Fachkreisen, die sich frei von allen spekulativen Interessen sind, empfohlen, die Frage zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig wäre, den Terminhandel wieder zuzulassen. Es hat schon früher nicht an Stimmen gefehlt, die für die Zulassung des Terminhandels Beträge umgekehrt werden, die Zulassung des Terminhandels empfahlen. Sie taten das aus der Überzeugung, daß durch den Terminhandel Kurssteigerungen in jedem Fall abgeschwächt werden würden, weil bei einem Vorhandensein der Bauspekulation Deckungskäufe dazu beitragen würden, dem Kursniveau einen Halt zu geben. Natürlich kann von einem Abschluß der Börsenkrise noch nicht gesprochen werden; Stützpunkte der Großbanken haben einen Anstoß zur Beruhigung geschaffen. Deshalb bleibt die Frage des Terminhandels von aktueller Bedeutung, um so mehr, als die Entwicklung der Börse nicht nur die Spekulation angeht, sondern die gesamte Volkswirtschaft. Die gewaltige Industrialisierung, die sich in Deutschland so überaus schnell durchsetzte, stützte sich zu einem nicht geringen Teil auf die Möglichkeit, enorme Kapitalien zu erlangen, und diese Kapitalien wären ohne die Börsenspekulation kaum in diesem gewaltigen Umfang flüssig zu machen gewesen. Was das Publikum zur Börse zieht, ist in den meisten Fällen nun einmal nicht die Aussicht, ein sicheres Anlagepapier zu erwerben, sondern die Aussicht auf Kursgewinn. Wie man dieses Verlangen auch einschätzen mag, man wird damit als Tatsache zu rechnen haben; ganz besonders, wenn man zur Aufgabe des wirtschaftlichen Wiederaufbaues schreitet.

In einem scheinbaren Gegensatz zu dem Bild, das die Börse bietet, steht das Steigen der deutschen Valuta an den neutralen Plätzen. Da der niedrige Stand der Mark zum Teil auf Bauspekulationen zurückzuführen ist, die Spekulation aber jetzt zu Deckungskäufen schritt, konnte die deutsche Valuta einen ansehnlichen Gewinn verzeichnen. Die neutralen Devisen an den deutschen Börsen blieben dagegen unverändert. Ueber die Kursbewegung der Mark gibt die nachstehende Zusammenstellung eine Übersicht.

Notierung in	Friedenskurs	Zirkulations	Höchstkurs	27. Sept.	s. D.M.
Kopenhagen ...	88,89	28,80	66,—	50,50	52,25
Stockholm ...	88,89	32,75	62,—	45,25	47,—
Amsterdam ...	59,25	30,60	46,85	31,25	33,45
Zürich ...	123,45	60,50	89,80	65,10	69,—

Nach dem 5. Oktober trat noch eine weitere Steigerung der deutschen Valuta an den neutralen Börsen ein. In der steigenden Bewertung der deutschen Valuta in den neutralen Ländern ist ein Beweis für das Vertrauen in die Lebenskraft des deutschen Wirtschaftslebens zu erblicken.

Welche gewaltigen Kriegserfolge neutrale Länder erzielen, ergibt sich auch aus Ziffern, die der norwegische Finanzminister in einem Vortrag über die nordische Finanzpolitik machte. Nach den Ausführungen des Ministers ist der Ertrag der Staatssteuer in Norwegen von 17 Millionen Kronen im Jahre vor dem Kriege auf 116 Millionen Kronen im Jahre 1916/17 gestiegen, und wird in diesem Jahre noch mehr einbringen. Besonders die Steuern auf Einkommen und Vermögen brachten große Steigerungen. Die Kriegsgewinnsteuer brachte im letzten Jahre 204 Millionen Kronen. Dieser Betrag hat im wesentlichen die außerordentlichen Ausgaben gedeckt. Die Zahlen der Kriegsgewinnsteuer und die stark gestiegenen Ergebnisse der Einkommen- und Vermögenssteuer sprechen für sich selbst. Nur durch die Besteuerung der Kriegsgewinne des Landes ist es dem Minister gelungen, den Etat zu halten; denn auch die Nettoausgaben des Staatsbudgets sind bedeutend gewachsen, von 96 Millionen Kronen für 1914/15 auf ungefähr das Doppelte, 190 Millionen Kronen für 1918/19.

Ueber die Rolle, die der Zusammenbruch der wirtschaftlichen Verbände beim Wiederaufbau der Wirtschaft spielen wird, liegen noch folgende Veröffentlichungen in der Presse vor:

Im Septemberheft der „Preussischen Jahrbücher“ wirft der Direktor der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau A.-G., Herbert Reiser, die Frage auf, ob der Zusammenbruch gleichzeitiger Gewerbe zu Verbänden und Kartellen, der bereits vor dem Kriege unserm Wirtschaftsleben sein Gepräge gab und im Kriege schnelle Fortschritte gemacht hat, durch gradlinige Verlängerung des bisher gewordenen den Problemen gerecht werden kann, denen wir uns beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft gegenüber befinden. Er gelangt zu einer Verneinung. Kartelle und Organisationen ähnlicher Art werden bestehen bleiben, meint er, aber sie sind Kinder einer vergangenen Wirtschaftsperiode und in ihrem Aufbau wenig dazu angetan, der über uns hereingebrochenen neuen Probleme Herr zu werden. Die Aufgabe, die heute zu lösen ist, und der alle unsere wirtschaftlichen Organisationen zu dienen haben, ist die, eine Verbilligung der Produktionskosten herbeizuführen.

Heute, betont er, handelt es sich nicht mehr, wie meist vor dem Kriege, lediglich darum, die gegenseitige Unterbindung auszuhalten und so den Prozentfuß des Gewinnes zu erhöhen, sondern darum, die Selbstkosten zu vermindern, um auf dem Weltmarkt überhaupt wieder Fuß fassen zu können. Heute wälzt eine Produktionsstufe immer ihre eigenen gesteigerten Selbstkosten auf die nächste Stufe ab, ungeachtet der Preissteigerung im Endprodukt. In gleicher Richtung wirken die Steuern, die, wie Kohlensteuer und Warenumsatzsteuer, sogar ausdrücklich abgewälzt werden sollen. Ein industrielles Aufblühen Deutschlands nach dem Kriege ist nur bei Wiederaufnahme des Exportes möglich. Zum Export aber gehören konkurrenzfähige Preise. Daher läßt sich die Preissteigerung der Erzeugnisse nicht ins Unendliche fortsetzen. Ein weiteres Feld für

eine Betätigung in solcher Richtung bietet nach seiner Meinung nun die bisher völlig organisationslos beschaffte Rohstoffe und Rohmaterial durch die Industrie.

Als Direktor der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau A.-G. kennt Reiser die Anforderungen des Geschäftes sicherlich. Den Einwand, daß seine Vorschläge theoretisch einleuchtend, aber nur der Unkenntnis geschäftlicher Praxis entspringen, wird man gegen ihn also kaum erheben können. Zur Erreichung der von ihm aufgestellten Ziele empfiehlt er den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Industrie zu Einkaufs- und später zu Produktionsgemeinschaften. Betrachtet man zunächst den Handel, der von der Industrie lebt, so zeigt sich, wie Reiser hervorhebt, daß, je weiter man, von den Großbetrieben anfangend, der mittleren und kleinen Industrie sich nähert, desto größer auch die Anzahl derjenigen Betriebsmaterialien und Rohstoffe wird, bei deren Beschaffung das Einzelunternehmen auf den Handel angewiesen ist. Je umfassender andererseits das Industrieunternehmen, desto vielseitiger wiederum sind seine Bedürfnisse. Macht man beispielsweise die Maschinenindustrie ins Auge, so braucht man nur an die Menge der als Rohstoffmaterialien bekannten Waren zu denken, wie: Oele, Fette, Chemikalien, Treibriemen, Vorsteuermatten, Transportgeräte, Wäsche, Papier, Druckmaschinen usw., um zu erkennen, welchen Verbrauchsfaktor eine auch nur örtlich zusammengeschlossene Industrie darstellt. Im Anschluß hieran ist das weitere Gebiet zu betrachten, bei dem die entwickelteren Firmen unter Ausschaltung des Händlers direkt vom Erzeuger kaufen oder teilweise bereits eigene Fabrikation ausüben, wie: Schrauben, Nieten, Stahl, Werkzeuge, Werkzeugmaschinen; und schließlich das große Gebiet des Rohmaterials der Bleche, Stabeisen, Formeisen, Rohre, Rohblei, Koks, Kohlen usw.

Angenommen, sagt er zur weiteren Begründung, einige führende Firmen der Metallindustrie Groß-Berlins oder eines anderen industriellen Zentrums schließen sich in einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zusammen und erwerben zunächst eine Eisen- und Werkzeuggroßhandlung, die in gleicher Weise wie bisher völlig selbstständig weitergeführt wird. Der Anreiz, bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu kaufen, soll darin liegen, daß, wie bei Konsumgenossenschaften, der verteilbare Gewinn der Gesellschaft mit beschränkter Haftung am Jahresabschluss nach dem Prozentfuß der Einkäufe, also nicht nach dem Prozentfuß des investierten Kapitals, verteilt wird. Erweist sich die Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf dieser Grundlage als lebensfähig, so wird daran gedacht, eine Händlerfirma auf anderem Gebiete, beispielsweise eine Chemikaliengroßhandlung, aufzukaufen und deren Geschäfte dann auf gleicher Grundlage in Angliederung an die Gesellschaft mit beschränkter Haftung weiterzuführen. Im Anschluß hieran wird nun der wichtigste Schritt getan. Es wird Industrieunternehmen angehingestellt, als Genossenschaft der Gesellschaft mit beschränkter Haftung beizutreten. In gleicher Weise wäre dann ein Gebiet nach dem anderen, das vorläufig dem Handel überlassen ist, zu erschließen. Aber auch auf den Gebieten, wo die Industrie bisher direkt vom Erzeuger zu kaufen gewohnt ist, kann die Gesellschaft mit beschränkter Haftung tätig sein. In diesem Falle tritt sie dem Erzeuger als Einkaufsagent gegenüber mit dem sich aus der Beschaffenheit ergebenden übertragenden Bedarf und vermittelt gegen eine kleine Einkaufsprovision die Einkäufe zu besonders günstigen Preisen. Aus dem großen, gleichmäßigen Bedarf ergibt sich weiter die Möglichkeit, kleinere Fabriken zu erwerben und zu betreiben.

Obt schon ist an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß zum Beispiel in der Schwerindustrie und in einigen anderen Zweigen der Großindustrie alle Voraussetzungen für die Zusammenfassung der Kräfte und die Rationalisierung der Produktion in sich gegeben sind und tatsächlich zweckbewußt durchgeführt werden, teils durch den hohen Stand der Vertretung, zum anderen Teil durch die besondere Art der von den Industrien geschaffenen Organisationen. Diese großen Vorzüge fehlen aber den mittleren und kleineren Industrien, und alle Versuche, auf eine Befreiung dieser Mängel hinzuwirken, durch Finanzgründung gemeinschaftlicher Politik, stoßen auf den Widerstand der Großindustrie. Für dieses Verhalten läßt sich nur die Erklärung finden, daß die Großindustrie aus einer planmäßigen organisatorischen Arbeit dieser Art für ihre eigenen Unternehmungen eine Stärkung der Bewegung befürchtet, die zum mindesten eine staatliche Kontrolle der Geschäftsführung ihrer Unternehmungskomplexe und Organisationen verlangt.

Ist der Gedanke, daß auf wirtschaftlichem Gebiet nur im Zusammenschluß die wirtschaftlichen Kräfte freizumachen sind, auch Allgemeinort geworden, so bedeutet das aber nicht, wie Reiser zum Schluß seiner Arbeit betont, daß man die letzte Firma gegen ihren Willen in Berufsverbände zwingen und so den Wirtschaftsprozess durch mechanisch-horizontale Gliederung in eine immer größere Anzahl von Einzelprozessen zerreißen muß, sondern es gilt, unter Beibehaltung größtmöglicher Selbstständigkeit der Einzelunternehmer, den Zusammenschluß auf den Gebieten herbeizuführen, wo das gemeinsame Interesse die natürliche Grundlage bildet. Dem Abnehmer gegenüber und für manche andere Arbeitsgebiete erfüllt diesen Zweck in vorbildlicher Weise der Berufsverband, der aus unserm Wirtschaftsleben daher nicht mehr beschwunden wird. Für die vor uns liegende, im Augenblick wichtigste Aufgabe einer Verbilligung der Produktionskosten und einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit der bearbeitenden Industrie scheinen aber Einkaufs- und Produktionsgenossenschaften der richtige und notwendige Schritt zu sein.

Als Vorzug seines Planes glaubt der Verfasser es bezeichnen zu können, daß es zur Errichtung von Genossenschaften keiner behördlichen Regelung, keiner staatlichen Hilfe und keines Staatszwanges bedarf. Die Genossenschaft auf vorstehender Grundlage erhält sich jung, im Gegensatz zu dem schwerfällig arbeitenden staatlichen Kartell; denn sie muß leistungsfähig bleiben, sonst verkrümelt sie. Ihre Struktur entspricht der vorgezeichneten industriellen Wirtschaftsstufe, auf der sich Deutschland befindet, sie ist mit der für eine sparsame Produktion unbedingt notwendigen Ausschaltung aller entbehrlichen Zwischenstufen und Zerstückelungen, eine folgerichtige Ergänzung der bisherigen Entwicklung von Berufssyndikaten und Kartellen.

Ohne Zweifel ist der Gedanke einer Anwendung des Genossenschaftsprinzips bei der Politik der Sammlung, die alle Zweige unseres Wirtschaftslebens aus Selbsterhaltungspflicht nach dem Kriege werden betätigen müssen, außerordentlich sympathisch und fruchtbringend. Aber nach dem Wunsch und Entwurf des Direktors Reiser wird für die Industrie nur eine Vereinfachung des Bezuges von Rohstoffen und andern Materialien bewirkt, eine Verbilligung durch Ausschaltung überflüssiger Zwischenhändler beim Einkauf herbeigeführt. Das kann und wird in vielen Fällen sehr wertvoll sein; aber die Frage der Produktion selbst bleibt völlig unberührt, der Herstellungsprozeß als die Hauptquelle für eine Verbilligung der Herstellungskosten würde dabei nach wie vor der Rationalisierung entbehren. Die Hauptfrage steht also. Hier gilt es einzusehen, und auf der Basis, die Reiser empfiehlt, weiterzubauen.

Julius Kaliski.

Verbandsnachrichten.

Quittung.

Vom 7. bis 12. Oktober gingen bei der Hauptkassiererin des Verbandes folgende Beträge ein:

Für September: Hannover M. 529,25, Girsberg 60,10, Erfurt 61,35, Leipzig 791,05, Gotha 90,85, Limbach 46,70, Eisenach 28,95, Uetersen-Glinshorn 17,70, Altenburg 56,70, Hof a. d. E. 17,15, Landskron 160,55, Apolda 73,85, Spremberg 7,30, Düsseldorf 138,45, Jiztau 28,10, Frankfurt a. Main 573,15, Gießen-Wehlar 22,90, Rostock 62,04, Elberfeld 265,35, Flensburg 86,95, München 1388,60, Bremerhaven 60,50, Saarbrücken 113,60, Lüdenscheid 28,10, Wiesbaden 160,35, Bieren 32,40, Straßburg i. E. 103,30.

Von Einzelzahlern der Hauptkassiererin: W. B. Grabow i. M. M. 21,60.

Für Abonnements und Annoncen: M. B. Halle M. 3,85, Elberfeld 3,60, München 9.

Für Geschenke der Bäcker- und Konditorenbewegung: Gotha M. 6.

Für Protokolle vom Verbandstag: Gotha M. —,40, Elberfeld —,40.

Der Hauptkassierer: D. Freitag.

Aus den Bezirken.

Götha. Vom 15. Oktober an befindet sich das Bureau: Götha, Lüticher Straße 4/3, und sind alle für die Bezirksleitung bestimmten Zuschriften dorthin an den jetzigen Bezirksleiter Gustav Diermann zu richten.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Berlin. Wilhelm Sulzer, Bäcker, 38 Jahre alt, am 5. August in einem Lazarett gestorben.

Bezirk Leipzig. Max Kunze, (Schmölln i. S.-A.), gefallen am 27. August.

Paul Langnese, Bäcker, gestorben in einem Heimatslazarett.

Bezirk München. Anton Zellner (Landshut), gefallen;

Spiegelmeier (Landshut), gestorben infolge Verwundung.

Bezirk Wiesbaden. Max Schiebeck (Darmstadt), gefallen.

Ehre ihres Andenkens!

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Lohnbewegung in Dresden. Nach einer am 1. Oktober stattgefundenen Vertrauenslenkung fand am 5. Oktober eine öffentliche Gehilfenversammlung statt, welche sich mit den Lohnverhältnissen und dem Nachbatterbot beschäftigt. Nach einem einleitenden Referat des Kollegen Friedrich über: „Brotpreiserhöhung, Gehilfenlöhne und Teuerungszulagen im Dresdner Bäckerhandwerk“ wurde von den Versammelten einstimmig beschlossen, den Arbeitgeber und deren Korporationen folgende Forderungen auf eine angemessene Lohnerhöhung zu unterbreiten: Zahlung einer wöchentlichen Teuerungszulage von M. 10 pro Woche, für Kleinbetriebe und Gehilfen in Stoff und Logis M. 6; der Mindestlohn muß infolge dieser Teuerungszulage M. 40 betragen in Kleinbetrieben, M. 45 in Großbetrieben. Die Versammlung gestaltete sich zu einem Protest gegen Arbeitgeber und Behörden, welche trotz erfolgter Erhöhung der Brotpreise das Interesse der Gehilfen völlig im Stich gelassen haben. Ein Vergleich der Brotpreise und Gehilfenlöhne in andern Orten Deutschlands zeige immer noch neuem, daß Dresden in beiden Teilen an letzter Stelle rangiere. Die letzten Brotpreiserhöhungen hätten den Arbeitgebern reichlich die Mittel gegeben, den Gehilfen aus reichendere Löhne zahlen zu können. Die gestellte Forderung mache nur einen Bruchteil der in drei Monaten um 5/4 pro Pfund erhöhten Brotpreise aus; angesichts dieser Tatsache sei die Forderung mehr als bescheiden zu nennen. Zum zweiten Punkt wurde nach einigegenommenen Referat die Bedeutung des nunmehr erschienenen Nachbatterbotgesetzes entsprechend gewürdigt und auf die Mängel in dem Gesetz hingewiesen, die auszugleichen nunmehr Aufgabe der Organisation sein müsse, falls das Gesetz angenommen werden sollte. Aufgabe der Gehilfenschaft sei es trotzdem, mit Argusaugen darüber zu wachen, daß das Gesetz in der Praxis auch überall zur genauen Durchführung komme; dazu biete nur eine Organisation die Garantie, welche sich bis ins kleinste Dorf im Reich erstreckt.

Korrespondenzen.

Hamburg-Altona. Die Bäcker und Konditoren Hamburgs waren am 5. Oktober und die von Altona am 8. Oktober versammelt, um zu dem Gesamtversatz über die Ar-

beitszeit in Bäckereien und Konditoreien - Nachhaberverbot - Stellung zu nehmen und keine Mängel gründlich zu besprechen. Der Verbandsvorsitzende J. Diemeier behandelte in beiden Versammlungen die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs ausführlich und zeigte, daß, so anerkanntswert das dauernde Verbot der Nacharbeit auch ist, doch die weitergehenden Forderungen der Arbeiterchaft hinsichtlich der Arbeitszeit leider außer Betracht geblieben sind. Vor allem hat der Bundesrat es unterlassen, das Verbot der Sonntagsarbeit vorzuschlagen. Die Versammlungen nahmen eine Entschlieung an, in der die Hauptpunkte ihrer weiteren Wünsche aufgeführt werden. Sie hat folgenden Wortlaut: „Die in Hamburg-Milona versammelte Arbeiterchaft der Bäckereien und Konditoreien begrüßt das Verbot der Nacharbeit als einen wesentlichen Schritt zur Behebung der ganzen Berufsverhältnisse. Erst dieses Verbot aller Nacharbeit erlöst unser Gewerbe mit seinen mehr als 100 000 Arbeitern von einer jahrhundertlang ertragenen jähren sozialen Schädigung und einem Hindernis allen kulturellen Fortschritts und menschenwürdigen Daseins. Die Versammlung muß aber dennoch mehrere große Mängel des Entwurfs feststellen und sich gegen einige Bestimmungen entschieden verhalten. Sie erwartet, daß der Reichstag im Gesetz auch eine Höchstzahl von höchstens 10 Stunden täglicher Arbeitszeit festlegt und daß die Sonntagsarbeit gänzlich verboten wird. Die Arbeitskräfte in der Bäckerei und Konditorei werden schon bei einer zehnstündigen Arbeitszeit so stark ausgenutzt, daß eine längere Dauer gesundheitliche Schädigungen zur Folge haben müssen, und die Sonntagsarbeit ist schon in mehr als zwei Dritteln aller Betriebe abgelehnt. Bereits vor dem Kriege war sie in vielen Gegenden Deutschlands nicht mehr üblich. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit für sie ist nicht gegeben. Weiter bringt der Entwurf eine Verschärfung der gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse dadurch, daß solchen Betrieben, die mit Doppelschichten arbeiten lassen wollen, achtsündige Arbeitszeiten auszuweichen. Die Parteien zugestanden werden, während gegenwärtig bereits überall dort, wo mit Doppelschichten gearbeitet wird, nur achtsündige Schichten einzuführen. Der Entwurf bringt also solchen Betrieben das Recht, die Arbeitszeit um 3 Stunden wöchentlich zu verlängern. Ferner wird Protest dagegen eingelegt, daß Bestimmungen der §§ 135 und 136 der Gewerbeordnung (Verlängerung der Arbeitszeit für junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren) für Lehrlinge außer Anwendung bleiben können. Die Versammlung ersucht dringend den Reichstag, den Forderungen der Arbeiterchaft in dem vorgelegten Gesetze, welches auf lange Zeiten die Verhältnisse der Arbeitsbedingungen in der deutschen Bäckerei und Konditorei regeln soll, Rechnung zu tragen.“

einmal 1000 Stück entwertete Brotmarken, wofür Janusch 500 zahlte. Dann brachte er nach und nach 3500 oder 4000 Brotmarken, die Janusch immer für 50 s das Stück kaufte und für 1 das Stück an Genter weiterverkaufte. Woher die Brotmarken stammen, ist bis heute noch nicht ermittelt; mutmaßlich sind sie an einer Stelle, wo solche Marken lagern, unterschlagen oder gestohlen worden. Als Genter seinen Verlust gemeldet hatte, kam er auf den Gedanken, mit dem Mehl einen einträglichen Handel zu treiben. Er fand in einer Frau Hausfrau eine willige Schleppe. Diese war in England an einen Engländer Drowes verheiratet gewesen und mußte bei Ausbruch des Krieges nach hier zurückkehren. Sie verkehrte mit der Grünengäßlerin Fischer, mit der sie häufig in einem Stoffgeschäft zusammentraf. Der Angeklagte Illig, der später verhaftet und aus dem Geere ausgestoßen ist, vermittelte durch einen gewissen Döbele den Verkauf an einen Dresdner Bäckermeister und die Fischer. Die Hausfrau, Döbele und der Bäcker hatten eine Zusammenkunft bei der der Bäcker das Mehl haben und angeblich kaufen wollte. Schließlich kam es auf der Straße wegen des Preises zu Streitigkeiten. Die Polizei wurde gerufen; aber nur die Fischer konnte verhaftet werden. Illig wurde in der Wohnung des Döbele verhaftet. Bald kam man auch Janusch und Genter auf die Spur. Einen weiteren Verkauf vermittelte Günther nach Chemnitz an einen gewissen Neuhauer, der aber einen Schick gab. Das Scheckkonto war aber gesperrt, so daß die Käufer kein Geld erhielten. Der ebenfalls bisher nicht dingfest gemachte Gaid hatte auch einen Kauf vermittelt. Im ganzen hat Genter für etwa 4000 Brotmarken 65 Zentner Mehl erhalten, wovon er 50 Zentner für je 210, 4 Zentner für je 200, 3 Zentner für je 180 und 8 Zentner für je 170 verkaufte. Genter verkaufte also für 18 200 Mehl. Nach mehr als siebenwöchiger Verhandlung wurde folgendes Urteil gefällt: Genter erhielt 4 Monate Gefängnis und 10 000 Geldstrafe oder ein weiteres Jahr Gefängnis. 1000 Brotmarken konnten noch bei ihm beschlagnahmt werden. Janusch wurde mit 2 Monaten Gefängnis und 7500 oder noch einem Jahr Gefängnis, Günther mit 2 Monaten und 3000 oder weiteren 300 Tagen Gefängnis, die Fischer ebenfalls mit 2 Monaten und 800 oder weiteren 80 Tagen Gefängnis, Illig mit 3 Monaten und 1000 oder weiteren 100 Tagen Gefängnis bestraft. Auch bei der Fischer gilt die Freiheitsstrafe als verbüßt und 300 als gezahlt. In der Urteilsbegründung wurde als erschwerend für Janusch erachtet, daß er die Kollage Genter's misbrauchte, bei Genter, daß er mit dem Mehl Handel trieb, als er es nicht mehr zur Deckung seines Selbstbezuges brauchte.

briefe und persönliche Schilderungen der Mitkämpfer zu Lande, zu Wasser und in den Lüften. Jede Woche ein Heft zum Preise von 40 s. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung oder Postanstalt entgegen. Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W 57.

An was hat der heimkehrende Kriegsteilnehmer zu denken? Begleiter zur Wiedereinführung ins bürgerliche Leben und zur Geltendmachung von Ansprüchen und Rechten. Herausgeber J. Fehle, München. Bayerischer Kommunal-schriftenverlag, München, Arcisstr. 35. Zu beziehen zum Preise von M. 2,65 durch jede Buchhandlung und den Verlag.

Befürchtliche Maßnahmen zur Arbeitsvermittlung im Kriege. Herausgegeben vom Bureau für Sozialpolitik.

Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. 16. Jahrgang. 1918. Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes von Heinrich Kaufmann. Preis des zweibändigen Werkes M. 20. Druck der Verlagsanstalt für den deutschen Konsumverein, Hamburg 5.

Jahrbuch 1917 des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Berlin, Verlag des Deutschen Holzarbeiterverbandes, G. m. b. H.

„Verlust gering!“

„Verlust gering!“ Nur einer ist gefallen!
Nur einer aus den tausend Kriegern allen!
Heiß war der Kampf! Indes, wir hatten Glück!
Wir ließen ja den einen nur zurück!

„Verlust gering!“ wird in die Welt geschrieben,
Es ist ja einer — einer nur — geblieben!
Ob einer weniger, ob einer mehr,
Was ist ein Halm im großen Halmenmeer?
„Verlust gering!“ O Wert voll bitterer Schmerzen,
Wie Säwertesschneide dringst du mir zu Herzen!
Nur einer nur, der eine viel jubelt!
„Verlust gering!“ Ein grausam Wortespiel!

Verlassen meint in ihrer düstern Kammer
Ein Witterlein, gebeugt von Not und Kammer.
Sie senkt und spricht, mir geht ans Herz der Ton,
„Ach, dieser eine war mein einziger Sohn!“
(Aus Hofeggers „Feingarten“.)

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die deutschen Gewerkschaftstabelle im Jahre 1917. Die Statistische Beilage des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission brachte eine Uebersicht über die deutschen Gewerkschaftstabelle im verflorenen Jahr. Die Zahl der im Bericht einbezogenen Kartelle hat auch im Jahre 1917 einen weiteren Rückgang erfahren. Den Höchststand von berichtenden Kartellen weist von allen Berichtsjahren das Jahr 1913 mit 771 Kartellen auf. Im Jahre 1914 dagegen wurden nur 578 Kartelle gezählt, 1915 sanken sie auf 524 und 1916 auf 469 Kartelle. Die Zahl der berichtenden Kartelle ist jedoch nicht der der bestehenden gleichzusetzen. Eine Anzahl beteiligt sich nicht regelmäßig an der Statistik. Den 433 an der Statistik beteiligten Kartellen waren am Schlusse des Jahres 1917 zusammen 5483 Gewerkschaften, die insgesamt 1 053 402 Mitglieder zählten, angegeschlossen. Gegen das Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von rund 216 000 Mitgliedern. Die Art der Tätigkeit der Kartelle hat sich unter dem Kriegszustand stark geändert. Der öffentlichen agitatorischen Betätigung der Gewerkschaften sind sehr enge Grenzen gezogen, es fehlt an agitatorisch geschulten Kräften, eine großzügige Verarbeitung für die Gewerkschaften ist daher nicht möglich. Die wertvollsten Einrichtungen der Kartelle sind die auf dem Gebiete des Rechtsschutzes getroffenen, die Arbeitersekretariate und die Rechtsauskunftstellen. Das Bestehen von Rechtsauskunftstellen wurde von 122 Kartellen berichtet. Diese Einrichtungen legen den Gewerkschaften sehr hohe finanzielle Lasten auf. Sehr hohe Kosten verursachen auch die Gewerkschaftshäuser, die in der Statistik von 1917 mit 69 vorhanden sind; 41 davon befinden sich auf eigenem Grundstücken. Von den an der Statistik beteiligten Kartellen besitzen 342 gemeinsame Bibliotheken und 82 unterhalten Lesezimmer. Bildungsausschüsse bestehen an 240 und Jugendkommissionen an 214 Orten. Die 430 Kartelle, die über Kassensysteme berichten, hatten zusammen eine Einnahme von M. 1 044 453, eine Gesamtausgabe von M. 1 046 215. Die Kassensysteme beliehen sich am Schlusse des Jahres auf M. 357 816. In den Schlussbemerkungen des Berichtes werden die Arbeiter dringend ermahnt, innerhalb der Gewerkschaften den Spaltungsversuchen keinen Raum zu geben, sondern alle Kräfte im Interesse der Arbeiterchaft zusammenzufassen.

Spätestens am 19. Oktober
ist der 43. Wochenbeitrag für 1918
(20. bis 26. Oktober) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.
Sonntag, 20. Oktober:
Ball a. d. S.: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Platz 42/44.

— Anzeigen. —

Unsern werten Kollegen und Vorstehenden
[M. 7] **Franz Specht**
und seiner lieben Frau, der Vorstandskollegin
Lina Bunte
zu ihrer am 16. dieses Monats stattfindenden Hochzeit
die besten Glück- und Segenswünsche!
Die Vorstandsmitglieder der Zahlstelle Bielefeld.

Meinen lieben Dresdner Kolleginnen und Kollegen ein
herzliches Lebwohl
mit der Bitte, auch in Zukunft tatkräftig für unsere Ideale weiterzukämpfen.
[M. 3,50] Guer G. Ostermann,
heut Cöln a. Rh., Lütticher Straße 4. 3. Et.

la. Holz-Streumehl
2 Zentner M. 17 mit Jutesack, bei 10 Zentnern 2
Zentner M. 16 inklusive Sack, bei 100 Zentnern 2
Zentner M. 14 inklusive Sack, ab Station Leipzig empfehlen:
Liebing & Co., m. b. H.
[M. 8] Leipzig-R. 5, Kohlgrabenstr. 8. Tel. 2290.

Extrakte, Essenzen, Farben.
Rauhelegtrakt à Kilo M. 65
Apfelsinenschalenextrakt „ 30
Gimbeerextrakt „ 25
Anisextrakt „ 40
Vanilleextrakt „ 45
Butteraroma „ 40
Probefindung von obigen sechs Sorten
je ein Viertel Kilo M. 65, je ein achtel Kilo M. 34
exklusive Küchlein ab Leipzig.
[M. 8] Cigelpulver, Cigelb (flüchtig),
alle anderen Extrakte laut Spezialpreisliste empfehlen.
Liebing & Co., G. m. b. H.,
Leipzig-R. 5, Kohlgrabenstraße 8. Telefon 2290.

Polizei und Gerichte.

Unausgereichte Wehlstiehlungen in Dresden. Den Zentner Mehl von M. 19,60 auf M. 350 ge- trieben. Im Landgericht zu Dresden fand vor der Kriegsgerichtskommission eine unausgereichte Wehlstiehlung statt. In der Wehlstiehlerei als Wehlstiehlerei bestraft wurden. Der Richter für Roggenmehl, um das es sich bei den Wehlstiehlungen handelte, beträgt mit dem fünfprozentigen Abzug M. 19,60; durch den Seitenhandel wurde aber der Zentner auf M. 350, in einem unvollständigen Falle sogar auf M. 350, hinaufgetrieben. Angeklagt waren: Bäckermeister Johann Janusch in Rosenthal, zuletzt Trai- nleder, Bäckermeister Robert Arthur Genter aus Dresden, Handlungsgehilfe Johann Martin Gander, Granwarenhändler Eva Fischer, geb. Giehl, und Schlosser Karl Julius Hermann Illig aus Weiden (Oberpfalz). Beteiligten waren außerdem eine Frau Hausfrau, genannt Drowes, und ein gewisser Gaid, dessen Aufenthalt unbekannt ist. Die Angeklagten gaben ihre Vergehen zu, die in unbefugtem Handel mit Lebensmitteln, Abgabe von Getreide ohne Marken, Abgabe und Verletzung einer Reihe von Kriegsverordnungen bestehen. Janusch fuhr angeblich in einem Transportwagen übers Meer mit einem Soldaten, der ihn Mehl anbot. Als Janusch ihn fragte, woher er das Mehl habe und wie er habe, erwiderte der Soldat: „Gaid's Mehl, ich bin reichlich, laß' und sei nicht dummi!“ Janusch will angeblich allen Verordnungen widerstanden haben, als ihm aber der lange mit ihm befreundete Bäcker Genter sagte, daß er von seinen Lehrlingen nach und nach um 50 Zentner Mehl beschaffen worden sei, erklärte er dem Soldaten, er brauche jetzt Mehl. Dieser gab ihm zunächst

Eingegangene Bücher und Schriften.

Der Krieg 1914/18 in Wort und Bild. Viele Hunderte von Illustrationen: Bildnisse, Karten, Pläne, photo- graphische Aufnahmen. — Farbige Kriegsbilder. — Aus- sührliche Berichte von den Kriegsschauplätzen. — Feldpost-